

06.01.97

Fz - EU - In - Wi - Wo

Antrag

des Freistaates Bayern

**Entschließung des Bundesrates zur Reduzierung der
Anrechnungspflicht von Bürgschaften, Garantien und sonstigen
Gewährleistungen auf Großkredite**

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT München, den 23. Dezember 1996

B III 1 - 1 - 615

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Erwin Teufel

Sehr geehrter Herr Prsident,

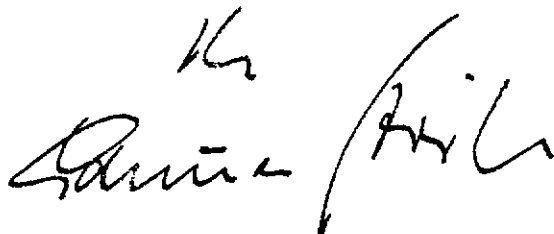
gemäß dem Beschluß der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich die in der
Anlage beigefügte

Entschließung des Bundesrates zur Reduzierung
der Anrechnungspflicht von Bürgschaften, Garantien
und sonstigen Gewährleistungen auf Großkredite

mit dem Antrag, daß der Bundesrat diese fassen möge.

Ich bitte, den Entschließungsantrag gem. § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des
Bundesrates den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren



A n l a g e

**Entschließung des Bundesrates zur Reduzierung der
Anrechnungspflicht von Bürgschaften, Garantien und sonstigen
Gewährleistungen auf Großkredite**

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, das Kreditwesenrecht dahingehend zu ändern, daß zumindest die bisher gemäß § 13 Abs. 6 Kreditwesengesetz alter Fassung mögliche hälfte Anrechnung von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen bei der Berechnung der Grokrediteinzelgrenze wieder möglich wird. Auf längere Sicht sollte eine nur 15 %ige Anrechnung angestrebt werden. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung ersucht, bei der EU darauf hinzuwirken, daß die EU-Großkreditrichtlinie und die EU-Solvabilitätsrichtlinie entsprechend geändert werden. Als bald nach der Richtlini-
ennderung sollte die Bundesregierung für die entsprechende Umsetzung in nationales Recht sorgen.

Begründung

Mit der 5. KWG-Novelle (Inkrafttreten 31.12.1995) sind zwei EU-Richtlinien umgesetzt worden, die der Bankrechtsharmonisierung dienen: zum einen die Konsolidierungsrichtlinie und zum anderen die Großkreditrichtlinie.

Die Richtlinie über die Überwachung und Kontrolle von Kreditinstituten (Großkreditrichtlinie) harmonisiert die wichtigsten Aufsichtsregeln für Großkredite der Kreditinstitute. Die übermäßige Konzentration von Krediten auf einen einzigen Bankkunden oder auf eine Gruppe verbundener Unternehmen berge, so die Begründung der Richtlinie, ein beträchtliches Risiko und müsse eingedämmt werden.

Im einzelnen reduziert die Richtlinie die Großkreditschwelle von bisher 15% auf 10% des haftenden Eigenkapitals des Kreditinstituts. Ein einzelner Großkredit darf nicht mehr als 25% des haftenden Eigenkapitals betragen (nach früherer deutscher Rechtslage 50%).

Für die Berechnung der Grenze wurden nach deutschem Recht bisher gemäß § 13 Abs. 6 KWG a. F. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nur zu 50% ange-

rechnet. Die Großkreditrichtlinie läßt den hälftigen Anrechnungssatz lediglich noch für Dokumentenakkreditive zu, die durch Wertpapiere gesichert sind. Gewährleistungsbürgschaften sind aufgrund der Richtlinie zwingend mit 100% anzurechnen.

Auf Grund der 5. KWG-Novelle gilt seit dem 31.12.1995 also eine 100 %ige Anrechnungspflicht für Gewährleistungsbürgschaften auf Großkredite. In seiner alten Fassung sah das KWG lediglich eine 50 %ige Anrechnung vor.

Die volle Anrechnung und die herabgesetzte Großkreditschwelle führen dazu, daß die Obergrenze für den einzelnen Großkredit insbesondere bei kleineren Kreditinstituten schneller erreicht wird als nach früherer Rechtslage. Für die kreditsuchenden Betriebe bedeutet das, daß die Kreditlinien schneller ausgeschöpft sind. Das hat zur Folge, daß auch berechtigten Kreditwünschen mittelständischer Unternehmen seltener entsprochen werden kann. Da Gewährleistungsbürgschaften gerade in der Baubranche sehr häufig von Kreditinstituten übernommen werden, wirkt sich die nunmehr geltende Rechtslage als Kreditvergabebehinderung aus und stellt sich damit als besondere Belastung der Bauwirtschaft dar. Die Verkürzung der Kreditlinien gefährdet Arbeitsplätze und Existenzen in der ohnehin mit wirtschaftlichen Problemen kämpfenden Baubranche.

Zwar haben die Kreditinstitute auch nach der neuen Rechtslage die Möglichkeit, die Obergrenze für den einzelnen Großkredit zu überschreiten. Für die Banken ist dieser Vorgang jedoch mit nicht unerheblichen Kostenbelastungen verbunden (zusätzlicher Einschluß von Eigenkapital erforderlich) und dürfte deshalb praktisch die Ausnahme bleiben.

Den Unternehmen steht es zwar offen, auf die neue Rechtslage dadurch zu reagieren, daß sie zu einem anderen (größeren) Kreditinstitut wechseln oder zusätzlich ein weiteres Kreditinstitut einschalten. Dieser Weg erscheint jedoch umständlich, nimmt keine Rücksicht auf die gewachsenen Hausbank-Beziehungen und wirkt sich mittelbar diskriminierend für die kleineren Kreditinstitute aus.

Insgesamt stellt der Bundesrat fest, daß der Schaden, den die Großkreditrichtlinie durch den Zwang zur hundertprozentigen Anrechnung von Gewährleistungsbürgschaften in der Baubranche verursacht, schwerer wiegt als der bankaufsichtliche Zugewinn.

Es erscheint also eine Reduzierung des Anrechnungssatzes dringend geboten. Da es dem nationalen Gesetzgeber durch die EU-Großkreditrichtlinie verwehrt ist, für die in Rede stehenden Gewährleistungsbürgschaften einen reduzierten Anrechnungssatz unter 100 % einzuführen (vgl. Art. 4 Abs. 7 Buchstabe q der EG-Großkreditrichtlinie in Verbindung mit Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie), ist eine Änderung dieser Richtlinien erforderlich.

Eine **hälftige Anrechnung** kann dadurch erreicht werden, daß Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie dahingehend geändert wird, daß "Erfüllungsgarantien (einschließlich der Bietungs-, Erfüllungs-, Zoll- und Steuerbürgschaften) und andere Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben" nicht als "mittleres Kreditrisiko", sondern als "mittleres/niedriges" klassifiziert werden. Damit wird es dem deutschen Gesetzgeber erlaubt, § 3 Abs. 3 der Verordnung über die Bemessung der Kredit- und Anrechnungsbeträge nach den §§ 13, 14 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditbestimmungsverordnung) in folgender Fassung zu novellieren:

"Mit 50 % vom Hundert ihrer Bemessungsgrundlage oder ihres nach § 2 ermittelten Kreditäquivalenzbetrags sind auf die Großkreditobergrenzen anzurechnen:

... 3. Erfüllungsgarantien und andere Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben."

Eine **15 %ige Anrechnung** erfordert eine Änderung der EU-Großkreditrichtlinie und der EU-Solvabilitätsrichtlinie. Vorschlag:

Änderung des Art. 4 Abs. 7 der EU-Großkreditrichtlinie:

"Die Mitgliedsstaaten können folgende Kredite ganz oder teilweise von der Anwendung der Absätze 1, 2 und 3 ausnehmen:

(...)

X) 85 % der Erfüllungsgarantien (einschließlich der Bietungs-, Erfüllungs-, Zoll- und Steuerbürgschaften) und anderer Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben."

Der entsprechende Punkt in Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie ist dann zu streichen.

21.02.97

Beschluß
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zur Reduzierung der
Anrechnungspflicht von Bürgschaften, Garantien und sonstigen
Gewährleistungen auf Großkredite

Der Bundesrat hat in seiner 709. Sitzung am 21. Februar 1997 die aus der Anlage
ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

**Entschließung
des Bundesrates zur Reduzierung der Anrechnungspflicht von
Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf
Großkredite**

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, das Kreditwesenrecht dahingehend zu ändern, daß zumindest die bisher gemäß § 13 Abs. 6 Kreditwesengesetz alter Fassung mögliche hälftige Anrechnung von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen bei der Berechnung der Grokrediteinzelgrenze wieder möglich wird. Auf längere Sicht sollte eine nur 15 %ige Anrechnung angestrebt werden. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung ersucht, bei der EU darauf hinzuwirken, daß die EU-Großkreditrichtlinie und die EU-Solvabilitätsrichtlinie entsprechend geändert werden. Als bald nach der Richtlinienernderung sollte die Bundesregierung für die entsprechende Umsetzung in nationales Recht sorgen.

Begründung

Mit der 5. KWG-Novelle (Inkrafttreten 31.12.1995) sind zwei EU-Richtlinien umgesetzt worden, die der Bankrechtsharmonisierung dienen: zum einen die Konsolidierungsrichtlinie und zum anderen die Großkreditrichtlinie.

Die Richtlinie über die Überwachung und Kontrolle von Kreditinstituten (Großkreditrichtlinie) harmonisiert die wichtigsten Aufsichtsregeln für Großkredite der Kreditinstitute. Die übermäßige Konzentration von Krediten auf einen einzigen Bankkunden oder auf eine Gruppe verbundener Unternehmen berge, so die Begründung der Richtlinie, ein beträchtliches Risiko und müsse eingedämmt werden.

Im einzelnen reduziert die Richtlinie die Großkreditschwelle von bisher 15% auf 10% des haftenden Eigenkapitals des Kreditinstituts. Ein einzelner Großkredit darf nicht mehr als 25% des haftenden Eigenkapitals betragen (nach früherer deutscher Rechtslage 50%).

Für die Berechnung der Grenze wurden nach deutschem Recht bisher gemäß § 13 Abs. 6 KWG a. F. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nur zu 50% ange-

rechnet. Die Großkreditrichtlinie läßt den hälftigen Anrechnungssatz lediglich noch für Dokumentenakkreditive zu, die durch Wertpapiere gesichert sind. Gewährleistungsbürgschaften sind aufgrund der Richtlinie zwingend mit 100% anzurechnen.

Auf Grund der 5. KWG-Novelle gilt seit dem 31.12.1995 also eine 100 %ige Anrechnungspflicht für Gewährleistungsbürgschaften auf Großkredite. In seiner alten Fassung sah das KWG lediglich eine 50 %ige Anrechnung vor.

Die volle Anrechnung und die herabgesetzte Großkreditschwelle führen dazu, daß die Obergrenze für den einzelnen Großkredit insbesondere bei kleineren Kreditinstituten schneller erreicht wird als nach früherer Rechtslage. Für die kreditsuchenden Betriebe bedeutet das, daß die Kreditlinien schneller ausgeschöpft sind. Das hat zur Folge, daß auch berechtigten Kreditwünschen mittelständischer Unternehmen seltener entsprochen werden kann. Da Gewährleistungsbürgschaften gerade in der Baubranche sehr häufig von Kreditinstituten übernommen werden, wirkt sich die nunmehr geltende Rechtslage als Kreditvergabebehinderung aus und stellt sich damit als besondere Belastung der Bauwirtschaft dar. Die Verkürzung der Kreditlinien gefährdet Arbeitsplätze und Existenzen in der ohnehin mit wirtschaftlichen Problemen kämpfenden Baubranche.

Zwar haben die Kreditinstitute auch nach der neuen Rechtslage die Möglichkeit, die Obergrenze für den einzelnen Großkredit zu überschreiten. Für die Banken ist dieser Vorgang jedoch mit nicht unerheblichen Kostenbelastungen verbunden (zusätzlicher Einschluß von Eigenkapital erforderlich) und dürfte deshalb praktisch die Ausnahme bleiben.

Den Unternehmen steht es zwar offen, auf die neue Rechtslage dadurch zu reagieren, daß sie zu einem anderen (größeren) Kreditinstitut wechseln oder zusätzlich ein weiteres Kreditinstitut einschalten. Dieser Weg erscheint jedoch umständlich, nimmt keine Rücksicht auf die gewachsenen Hausbank-Beziehungen und wirkt sich mittelbar diskriminierend für die kleineren Kreditinstitute aus.

Insgesamt stellt der Bundesrat fest, daß der Schaden, den die Großkreditrichtlinie durch den Zwang zur hundertprozentigen Anrechnung von Gewährleistungsbürgschaften in der Baubranche verursacht, schwerer wiegt als der bankaufsichtliche Zugewinn.

Es erscheint also eine Reduzierung des Anrechnungssatzes dringend geboten. Da es dem nationalen Gesetzgeber durch die EU-Großkreditrichtlinie verwehrt ist, für die in Rede stehenden Gewährleistungsbürgschaften einen reduzierten Anrechnungssatz unter 100 % einzuführen (vgl. Art. 4 Abs. 7 Buchstabe q der EG-Großkreditrichtlinie in Verbindung mit Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie), ist eine Änderung dieser Richtlinien erforderlich.

Eine **hälftige Anrechnung** kann dadurch erreicht werden, daß Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie dahingehend geändert wird, daß "Erfüllungsgarantien (einschließlich der Bietungs-, Erfüllungs-, Zoll- und Steuerbürgschaften) und andere Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben" nicht als "mittleres Kreditrisiko", sondern als "mittleres/niedriges" klassifiziert werden. Damit wird es dem deutschen Gesetzgeber erlaubt, § 3 Abs. 3 der Verordnung über die Bemessung der Kredit- und Anrechnungsbeträge nach den §§ 13, 14 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditbestimmungsverordnung) in folgender Fassung zu novellieren:

"Mit 50 % vom Hundert ihrer Bemessungsgrundlage oder ihres nach § 2 ermittelten Kreditäquivalenzbetrags sind auf die Großkreditobergrenzen anzurechnen:

... 3. Erfüllungsgarantien und andere Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben."

Eine **15 %ige Anrechnung** erfordert eine Änderung der EU-Großkreditrichtlinie und der EU-Solvabilitätsrichtlinie. Vorschlag:

Änderung des Art. 4 Abs. 7 der EU-Großkreditrichtlinie:

"Die Mitgliedsstaaten können folgende Kredite ganz oder teilweise von der Anwendung der Absätze 1, 2 und 3 ausnehmen:

(...)

X) 85 % der Erfüllungsgarantien (einschließlich der Bietungs-, Erfüllungs-, Zoll- und Steuerbürgschaften) und anderer Garantien, die nicht den Charakter von Kreditsubstituten haben."

Der entsprechende Punkt in Anhang 1 der EU-Solvabilitätsrichtlinie ist dann zu streichen.